[5] Vgl. Gerhard Römer, Bücher – Stifter – Bibliotheken. Buchkultur zwischen Neckar und Bodensee, Stuttgart/Berlin/Köln 1997, S. 112-121.
[6] Vgl. Budget über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für 1872 und 1873, in: Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung, 2. Kammer, drittes Beilagenheft, Karlsruhe 1871, S. 41.
[7] Vgl. Testament Großherzog Friedrich II. von Baden vom 12. August 1927 (Staatsarchiv Freiburg i.Br. G 650/2, Pack 2, Nr.50).
[8] Vgl. die Web-Site »Zähringer-Stiftung«. Danach ist die Zähringer-Stiftung als eine des öffentlichen Rechts im Neuen Schloss in Baden-Baden angesiedelt. Stiftungsbehörde ist das Regierungspräsidium Karlsruhe.
[9] Vgl. Reinhard Mußgnug, »Die Handschriften gehören dem Land. Fürstenrecht contra Bürgerliches Gesetzbuch: Badens Kulturerbe ist nicht Reservevermögen der Markgrafen«, in: FAZ, 29.9.2006, Nr. 227, S. 37.
[10] Zu diesem Ergebnis kommt der umfangreiche Artikel von Winfried Klein: Das Recht ist das Recht und nicht bloß eine Behauptung. Nach allen Regeln der Domänenfrage: Die Handschriften der Badischen Landesbibliothek sind Staatseigentum, in: FAZ, 5.10.2006, Nr. 231, S. 39.
[11] Zit. nach Hendrikje Kilian, Zur Geschichte der Badischen Landesbibliothek, Karlsruhe 1990 (Vorträge/Badische Landesbibliothek, Heft 22), S. 41.
[12] Vgl. dazu Syré, Geschichte der Bibliothek, S.25. Die Vorgänge bei der Zerstörung des Sammlungsgebäudes am Friedrichsplatz und die schon davor einsetzenden Bestrebungen des Gauleiters Robert Wagner, eine »Oberrheinische Landesbibliothek« in Straßburg zu etablieren, beschreibt Ludger Syré in seinem Aufsatz »Die Badische Landesbibliothek im Zweiten Weltkrieg – Untergang und Neuanfang«, in: ZGO 154 (2006), S. 493-515.
[13] Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, 1. Wahlperiode 1952-1956, Drucksachen, Bd. 3, Beilage 1400, S. 2159-2171.
[14] Ebd. Vgl. dazu auch den Beschluss des Landtags vom 23.6.1955, in: Landtag von Baden-Württemberg, 1. Wahlperiode 1952-1956, Protokolle, Bd. 4, S. 3382f.
[15] Peter Michael Ehrle, Die Badische Landesbibliothek, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.), Die badischen Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg – Eine Bilanz. Baden-Baden 2002, S. 443-446.
[16] Vgl. dazu das Interview mit Ministerpräsident Günther H. Oettinger in BNN, 21.9.2006, Ausgabe Nr. 219.
[17] Vgl. Heinrich Hauß, Der Handschriftenstreit: Eine unsägliche Geschichte. Versuch einer Chronologie der Ereignisse 21.9.-2.11.2006, in: Badische Heimat, Jg. 86 (2006), S.149-168, und Peter Michael Ehrle, Für Baden und Europa gerettet? – Eine Zwischenbilanz des »Kulturgüterstreits« (20.9.2006-20.1.2007), in: Die Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek – Bedrohtes Kulturerbe?, hg. von Peter Michael Ehrle und Ute Obhof, Gernsbach 2007, S. 81-126.
[18] Vgl. dazu den Ausstellungskat. »Unberechenbare Zinsen« – Bewahrtes Kulturerbe. Kat. zur Ausstellung der vom Land Baden-Württemberg erworbenen Handschriften der Fürstlich Fürstenbergischen Hofbibliothek, hg. von Felix Heinzer, Stuttgart 1993.
[19] Das Zitat stammt aus der Einleitung zu Laßbergs Ausgabe des Gedichts vom Riesen Sigenot. Vgl. dazu Gerhard Stamm, Beschreibung des Wasserburger Codex, in: Unberechenbare Zinsen, S. 90.
[20] Zit. nach Volker Schupp, Joseph von Laßberg als Handschriftensammler, in: Unberechenbare Zinsen, S. 26.
[21] Vgl. Peter Michael Ehrle und Armin Schlechter, Ankauf der markgräflichen Bibliothek aus dem Neuen Schloß in Baden-Baden, in: Badische Heimat, Jg. 75 (1995), S. 570-578.

Karl Josef Trauner

Das Großherzogtum Baden im Spiegel österreichisch-ungarischer Gesandtschaftsberichte (1870-1918)

Die österreichisch-ungarische Mission

Zur Zeit des Deutschen Bundes waren die Einzelstaaten untereinander und mit ausländischen Staaten auf diplomatischer Ebene eng verbunden. Am badischen Hof gab es Vertretungen Preußens, Sachsens (bis 1868), Württembergs (bis 1872) und Bayerns (bis 1887). Darüber hinaus waren Vertreter Russlands, Großbritanniens, Belgiens, Italiens, Schwedens (mit Norwegen), Spaniens mit ihren in Berlin residierenden Botschaftern in Karlsruhe akkreditiert. Das bunte Bild dieser Missionen verblasste mit der Konsolidierung des Bismarck-Reiches. Zunächst zogen die Regierungen der Einzelstaaten – Ausnahmen machten Preußen und Bayern – ihre Gesandtschaften im Ausland zurück, dann reduzierten sie auch ihre Vertretungen im Reich. Die Amtsbereiche der Gesandten wurden auf mehrere Staaten ausgedehnt. 1912 strich der badische Landtag das Budget der Münchner Vertretung des Großherzogtums; Friedrich II., der an ihr festhalten wollte, bezahlte die Kosten seither aus seiner Privatschatulle. Auch die europäischen Großmächte gingen mit ihren Vertretungen bei den Einzelstaaten recht sparsam um. Sie unterhielten solche allenfalls bei den Mittelstaaten – auch hier mit ausgedehnten Amtsbereichen – und im Blick auf dynastisch-verwandtschaftliche Interessen.

Österreich-Ungarn unterhielt im Bismarckreich einzelstaatliche Gesandtschaften in München, Dresden, Karlsruhe (1870-72) und Stuttgart; die Gesandtschaft in der württembergischen Residenzstadt war seit 1872 u.a. auch für Baden zuständig. Die von Karlsruhe bzw. Stuttgart ausgegangenen k.u.k. Gesandtschaftsberichte sind im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien erhalten und dienen im Folgenden als Quelle.[1]

1867 wurde Freiherr v. Pfusterschmid-Hardtenstein Geschäftsträger in Karlsruhe.[2] Am 15. März 1870 wurde die Geschäftsstelle zur Gesandtschaft erhoben. Eine solche Statuserhöhung war für den alten und neuen Missionschef stets eine besondere Ehre, und v. Pfusterschmid berichtet über den »prächtigen Empfang«, den man ihm ausgerichtet habe, detailliert an das Außenministerium in Wien. Man habe ihn im Galawagen abgeholt, die Wache habe präsentiert, Trommeln hätten gewirbelt, die Hofchargen

seien versammelt gewesen. Die Gesandtschaft in Karlsruhe wurde am 10. Januar 1872 aufgehoben, und der Missionschef musste sich nach Stuttgart verfügen. Dort war er am badischen (und am hessischen) Hof beglaubigt. In das Gebäude der Karlsruher Gesandtschaft zog die Post ein.

Was wurde berichtet, was war tatsächlich wahr oder erscheint uns heute als berichtenswert? Große Politik wurde in Karlsruhe nicht gemacht. Die Gesandten meldeten pflichtgemäß jede Äußerung des Großherzogs, der Minister[3] und Militärs. Man war am badischen Hof aufgrund der verwandtschaftlichen Beziehungen mit Berlin meist gut informiert, und das betonte der k.u.k. Gesandte in Karlsruhe auch. So berichtet von Pfusterschmid im November 1877, dass er bei einem Hofball mit dem Großherzog über Zölle im Allgemeinen und einen Zoll- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn im Besonderen gesprochen habe. Im Januar 1877 ist von einem Gespräch mit Oberst Leszcynski die Rede, in dem die europäische Bündnispolitik traktiert wurde. Graf Koziebrodski habe im Januar 1889 mit dem badischen Finanzminister Rheinboldt über Reichsfinanzen gesprochen.

Zu den ständigen Aufgaben eines Gesandten gehörte es, die Beziehungen zwischen den regierenden Häusern zu pflegen. Daher wurde darüber auch nach Hause berichtet – etwa, dass die Großherzogin dem Wiener Gesandten den Auftrag erteilt habe, die im Oktober 1874 auf Besuch weilende Kaiserin Elisabeth zu begleiten. Im Mai des Jahres hatte er bereits der deutschen Kaiserin in Baden-Baden seine Aufwartung gemacht. Die Verehrung der Fürstenpaare füreinander schloss ein, dass am Namenstag von Franz Joseph dem Kaiser gratuliert wurde oder bei Todesfällen, etwa beim Tod des Kronprinzen Rudolf, Anwesenheit beim Trauergottesdienst in Karlsruhe angesagt war (15.2.1889).

Gelegentlich nahm ein Wiener Außenminister, so Graf Andrássy[4], die Dienste der Mission in Anspruch, wenn er dem großherzoglichen Paar in besonderer Weise für eine Aufmerksamkeit danken wollte. Ihm, dem Minister, sei derlei in Bayreuth und München zuteil geworden (September 1879).

Außenpolitik

Das Osmanische Reich zeigte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Auflösungserscheinungen, woraus die sog. Orientalische Frage erwuchs. Im Sommer 1875 kam es in der Herzegowina, einem Teil des Ejalets Bosnien, zu einem Aufstand gegen die türkische Misswirtschaft, wobei Russland,

Serbien und Montenegro die Aufrührer unterstützten. Auch die christliche Bevölkerung lehnte sich gegen die Türkenherrschaft auf. Der Großherzog befürchtete einen Kriegsausbruch. Da die Hohe Pforte der Unruhen nicht Herr wurde, fürchtete Wien um seine von Südslaven besiedelten Gebiete. Vieles deutete auf Krieg.

Der Großherzog sprach in Baden-Baden im Juni 1875 die im gleichen Monat bevorstehende Begegnung von Kaiser Franz Joseph mit dem Zaren an. Da der Gesandte sich unwissend gab, habe der Großherzog lachend entgegnet: »Gortschakow leugnet alles vom Spund weg.« Im Juli 1876 verständigten sich beide Kaiser in Reichstadt über ihre Haltung zu dem Geschehen auf dem Balkan. Die Türkei versuchte, den Freiheitskampf mit allen Mitteln zu unterdrücken. Da sich Serbien und Montenegro im Kriegszustand mit der Türkei erklärten, griff Russland ultimativ ein, und da die Ergebnisse dem Zaren unzureichend erschienen, kam es letzten Endes zum Russisch-türkischen Krieg (1877/78) und zum Berliner Kongress (Sommer 1878) unter Bismarcks Vorsitz.

Im August 1876 lud der Großherzog v. Pfusterschmid zu einer Unterredung auf die Mainau ein, worüber der Gesandte am 17.8.1876 aus Konstanz berichtete. Der Fürst habe seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Großbritannien das gestörte Gleichgewicht auf dem Balkan wieder herstellen und Russland befriedigen könne, er habe jedoch Zweifel an der Reformfähigkeit der Türkei geäußert; es sei das Beste, wenn auf dem Balkan »suzeräne Staaten unter türkischer Oberhoheit« entstünden, er selbst strebe »intime Beziehungen« zu Russland und Österreich-Ungarn an.

Bei einer Soiree in der Stuttgarter Wilhelma Ende September 1876, an welcher der Großherzog wohl auf Einladung König Karls teilnahm, zog Friedrich den Gesandten ins Gespräch und äußerte sich folgendermaßen zur Orientfrage: Er sehe Gefahren von russischer Seite sowie von Großbritannien, da die Stimmung in Russland unberechenbar sei. Pfusterschmid entgegnete, dass er beruhigende Nachrichten aus Wien habe, doch müssten die Großmächte Ordnung schaffen. Trotz der Zusicherung, dass Kaiser Franz Joseph und seine Regierung mutige Stimmung zeigten, habe der Großherzog eingewandt, souveräne Staaten auf dem Balkan führten wohl oder übel zu einer Kollision mit der Donaumonarchie. Aus einem Gespräch mit dem griechischen Gesandten berichtet v. Pfusterschmid am 5. November 1876, die Athener Regierung vertrete die Meinung, dass Gebiete, die von Griechen bewohnt seien, auch zu Griechenland kommen sollten.

Über französische Innenpolitik berichtet v. Pfusterschmid, dass es seit dem Ende der Monarchie zwischen Verfechtern der Republik und Anhän-

gern der Monarchie Konflikte gäbe. Die Republikaner hätten im Senat die Mehrheit. Unter den Monarchisten, die von der Kirche und einem Großteil der Offiziere unterstützt würden, herrschten »Revanchegedanken« gegen Deutschland. Der Gesandte, Fürst Wrede, berichtet am 21. Januar 1887, der Großherzog habe ihm gegenüber Besorgnis darüber geäußert, dass Frankreich fünf Kavalleriedivisionen und zahlreiche Artillerie an die Grenze geschickt habe, Deutschland hingegen nur eine Kavalleriedivision. Ein Konflikt sei unvermeidbar. Der Gesandte habe darauf hingewiesen, dass die deutsche Armee modern bewaffnet sei, der badische Staatsminister Turban, der ebenfalls am Gespräch teilnahm, habe die Auffassung vertreten, dass Frankreich nicht angreifen werde: Nur das Militär [General Boulanger, ein Vertreter des Revanchegedankens, war Kriegsminister, Tr.] wolle den Krieg, »die Politik« nicht. Tatsächlich wuchs die Spannung an der Grenze und ging erst vier Monate später nach einem Einlenken Bismarcks zurück. Am Geburtstag des Großherzogs (9. September 1887) wurde der Gesandte zum Diner befohlen und saß an der Seite Turbans. Der Staatsminister äußerte starke Zweifel, dass ein dauernder Friede zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei, da die Siegeszuversicht der Militärs [vermutlich beider Seiten, Tr.] zu groß sei. Ähnlich habe sich der badische Justizminister Nokk geäußert, der die deutsch-russische Annäherung [gemeint war der sog. Rückversicherungsvertrag, Tr.] als Eiertanz bezeichnete.[5]

Innenpolitik

Mit dem Eintritt in das Reich hatte das Großherzogtum wesentliche Teile seiner Souveränität verloren und richtete sein Hauptaugenmerk auf die inneren Verhältnisse. Staatminister Jolly erließ den Appell: »Pflegen wir deren [der Heimat, Tr.] innere Selbstständigkeit«!
Besorgnis klang aus den Worten des Großherzogs bei Eröffnung der Stände (20.11.1873), ob Reichsinteressen und die Interessen der Einzelstaaten nebeneinander bestehen könnten. Im Februar 1896 berichtete dann der Gesandte Graf Zichy in einem Privatbrief an seinen Außenminister in Wien, dass der Großherzog es als schmerzlich empfinde, aus Zuvorkommenheit gegenüber seinem Schwiegervater [Wilhelm I., Tr.] 1871 auf so manches Hoheitsrecht verzichtet zu haben. Das sei für ihn bis heute kränkend. Er ziehe daher auch lieber die Oberstenuniform an, da bis zu diesem militärischen Grad das badische Wappen auf dem Helm sei. Der badische Außenminister von Brauer, der an der Hoftafel zugegen gewesen sei, habe bekräftigt: Baden solle so viel

wie möglich von seinen Hoheitsrechten Gebrauch machen. Brauer dürfte [1893, Tr.] berufen worden sein, weil er als ehemaliger Präsidialsekretär Bismarcks kaum partikularistischer Tendenzen verdächtig sei. Die Demokraten freilich bezichtigten ihn in groben Artikeln des Partikularismus.
Im Frühjahr 1878 berichtete v. Pfusterschmid von mehreren Gesprächen mit dem König von Württemberg und dessen Staatsminister v. Mittnacht. Bismarck, so der König, fürchte den Ehrgeiz der Großherzogin Luise, die ihren Gemahl zum König machen wolle, wobei Elsass-Lothringen im Spiel sei. Mittnacht glaubte, das großherzogliche Paar wolle sich nach dem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. in die Regierung des Reiches einmischen, aber der Großherzog habe weder mit dem Kronprinzen noch mit Bismarck ein gutes Verhältnis. Wie schlecht es bei ihm stehe, wisse der Großherzog, der seine Blicke auf das rheinische Nachbarland werfe, gar nicht, denn alle seine Beamten seien national eingestellt.
Wiederholt finden sich in Gesandtschaftsberichten Themen wie die Wahlen zur Zweiten Kammer, die Stärke der Parteien, die Wahl von Präsident und Vizepräsident der Ersten Kammer, die Thronreden, die Schließung des Landtags. Von der Thronrede des Jahres 1907 heißt es, der Großherzog habe sie wieder selbst verlesen – seit 20 Jahren das erste Mal. Vom Schluss der Stände im Jahr 1910 gab es zu berichten, dass die Sozialdemokraten sich beim Hoch auf den Landesherren erhoben und den Geburtstagswünschen der Kammer angeschlossen hätten. Berichtenswert erscheint alles, was von der großherzoglichen Regierung oder vom Landtag vorgegeben wurde: Reformen des Ministeriums, Debatten Steuern oder über die badischen Eisenbahnen sowie selbstverständlich alle Arten von Personalia in der Regierung oder am großherzoglichen Hof.
Während des Krieges vermeldeten die Wiener Diplomaten nach Hause, dass es in der Industriestadt Mannheim angesichts herabgesetzter Brotrationen zu Streiks komme, dass große Parteiversammlungen stattfänden – im Mannheimer Rosengarten etwa, wo Philipp Scheidemann gegen Störer habe ansprechen müsse oder in Ulm, wo Mathias Erzberger eine Rede hielt, oder dass im Spätjahr 1917 eine Friedensdemonstration von den Behörden verboten worden sei. Die letzte Meldung der k.u.k. Gesandtschaft stammt vom 8. November 1918 und lautet, in Karlsruhe sei es zu Unbotmäßigkeiten der Truppen gekommen, man habe sie erst geraume Zeit später gemeistert.[6]

Kirchenpolitik

»Die Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche, der badische Kulturkampf, war das zentrale Problem der badischen Innenpolitik seit 1848 und dauerte, wenn auch abgeschwächt, bis zum Ende der Monarchie«[7], wobei die Regierung nicht prinzipiell Gegner der katholischen Kirche war, sondern einen sog. Klerikalismus bekämpfte.
Welche Probleme die Ultramontanen Ende der 80er Jahre der Regierung bereiteten, erläuterte der badische Staatsminister Turban gegenüber dem Wiener Gesandten anhand zweier Vorfälle: Ein Wirt, der ein freisinniges Blatt abonniert hatte, sei vom Priester mit Exkommunikation bedroht worden. Und in der Pfalz seien gemeinsame Gottesdienste von katholischen und evangelischen Gemeindemitgliedern vom Erzbischöflichen Ordinariat untersagt worden, obgleich derlei seit dem Westfälischen Frieden am Geburtstag des Kaisers üblich war – die großherzogliche Regierung habe tatenlos zusehen müssen. Die Liberalen fühlten sich verständlicherweise durch die Veröffentlichung des Syllabus herausgefordert (1864). 1867 erließ Innenminister Jolly das sog. Kulturexamensgesetz, wonach jeder Theologiestudent auf neuhumanistische Bildung verpflichtet wurde – erst 1880 sollte der Prüfungszwang aufgehoben werden. Vollends bereinigt wurde der Streit um die Vorbildung der Geistlichen erst 1918. Inzwischen hatte die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit in Fragen der Glaubens- und Sittenlehre (1870) zu weiterer Verschärfung des Kulturkampfs geführt. Denn nun spalteten sich die sog. Altkatholiken von der römisch-katholischen Kirche ab, was zu vielerlei Streitigkeiten führte. In einem Bericht nach Wien vom 10. März 1873 heißt es, der Großherzog wünsche, eine Nationalkirche ins Leben zu rufen und habe gehofft, den bayerischen König Ludwig II. hierfür gewinnen zu können. Da dieser sich jedoch ablehnend verhielt, sei man am Karlsruher Hof verstimmt.
Im selben Jahr beanspruchten sowohl die romtreue Kirchengemeinde wie die Gruppe der Altkatholiken in Konstanz Nutzung und Besitz des dortigen Münsters, ein Streit, der zunächst das Landgericht am Ort, dann das Karlsruher Oberhofgericht, dann wiederum das Landgericht beschäftigte. Auf einem Ball des Außenministers sprach der Großherzog gegenüber v. Pfusterschmid die Hoffnung aus, dass sich Staat und Kirche bald wieder finden mögen, er bedauere den religiösen Kampf und die Agitation des Klerus.
Nach mehrjähriger Sedisvakanz der Freiburger Erzdiözese ging die heiße Phase des Kulturkampfes1882 mit der Inthronisation von Johannes Orbin als Erzbischof zu Ende. Der Großherzog habe sich dem k.u.k. Gesandten gegenüber sehr zufrieden gezeigt und das Entgegenkommen und die Weisheit des Papstes gerühmt. Unter dem Nachfolger Orbins wurden die während des Kulturkampfes gegen die katholische Kirche erlassenen Gesetze gemildert und der Misserfolg des religionspolitischen Liberalismus anerkannt. Die erste Kammer sah jedoch weiterhin in religiösen Orden eine Gefahr für den badischen Staat. Während die Regierung bereit war, der Kirche entgegenzukommen, blieb die liberale Mehrheit in den Kammern bei ihrer kirchenkritischen Position. Im Juli 1917 erschien die Ordensfrage letztmals in einem Gesandtschaftsbericht mit dem Hinweis, Niederlassungen von Dominikanerinnen seien jetzt nicht mehr nur geduldet, sondern förmlich erlaubt. Aufregung habe es deswegen aber nicht gegeben.[8]

Der Großherzog und sein Hof

Breiten Raum nehmen in den Berichten der Gesandten die Person des Großherzogs und sie betreffende Jubiläen ein; war doch nicht auszuschließen, dass Kaiser Franz Joseph sich bei seinem Minister des Äußeren (vgl. Abb. 1 auf S. 160) nach dem Karlsruher Hof erkundigte.
1877 fand zum 25-jährigen Regierungsjubiläum eine Landesfeier statt, zu der auf Anregung des in Mannheim residierenden k.u.k. Konsuls eine Grußbotschaft sämtlicher Konsuln im Großherzogtum an Friedrich gerichtet werden sollte. Der Gesandte in Stuttgart war vorsichtig genug, hierfür die Anweisung seines Außenministers in Wien zu erbitten, weil Preußen in Baden keinen Konsul habe. Er gibt genaue Schilderungen der Festivitäten vom 28. April 1877, ebenso vom Ball, der am 1. Mai des Jahres stattfand.
1896 feierte Friedrich I. seinen 70. Geburtstag. Der Gesandte berichtet sehr umfangreich über die »imposante Kundgebung« in der Residenzstadt: Er notiert die Namen aller anwesenden Fürstlichkeiten, auch dass Kaiserin Auguste Victoria die Glückwünsche des Kaisers überbracht habe, der sich bei den Manövern in Görlitz aufgehalten hatte. Im Festzug seien Vergangenheit und Gegenwart des Landes dargestellt worden, Karlsruhe habe ein »Monsterbankett« für die Honoratioren gegeben und der Oberbürgermeister, der Rektor der Universität Heidelberg und der Kommandierende General v. Bülow hätten Reden gehalten. Fünf Stunden lang sei dem Landesherrn gehuldigt worden, der aus diesem Anlass das Großkreuz des Ordens Bertholds von Zähringen gestiftet habe. Das 60-jährige Militärjubiläum im Jahre 1901 wurde wegen des 50-jährigen Regierungsjubiläums im Jahr darauf nicht gefeiert.



Abb. 1: Julius Graf Andrássy, k.u.k. Minister des Äußeren und des Kaiserlichen Hauses (1871-1879).

Erwähnenswert schienen auch Verlöbnisse im großherzoglichen Haus, sogar ein Skandal im Küchendepartement, der zu Personalentlassungen führte und vorübergehend den Termin des Hofballs gefährdete (Januar 1881).
Ein häufig behandeltes Thema bilden die Reiseaktivitäten – so, wenn Großherzog Friedrich zur Geburtstagsfeier seines Schwiegervaters Wilhelm I. fuhr und einmal vier ganze Tage in Berlin zubrachte. Eine vom Großherzog lang geplante Reise nach München sei mehrfach wegen Animositäten in Sachen Pfalz verschoben worden; der Prinzregent habe keinen Antrittsbesuch in Karlsruhe gemacht. Das großherzogliche Paar sei nach Italien inkognito gereist. Auch die häufigen Berichte über das wechselnde gesundheitliche Befinden des Regenten erscheinen aus heutiger Sicht entbehrlich.
Der Bericht über Spannungen zwischen regierenden Häuptern war dem Gesandten wichtig, so als Zar Nikolaus II. eine Einladung nach Karlsruhe ausschlug, als er 1897 in Darmstadt weilte. Erklärungen und Entschuldigungen auf hessischer und badischer Seite wurden gemeldet, dann kam

ein versöhnlicher Besuch des Karlsruher Paares in Darmstadt zustande, und zwei Jahre später besuchte der Zar den badischen Hof. Zwischen dem Großherzog und Kaiser Wilhelm II., dem Neffen der Großherzogin, wird 1903 eine Verstimmung gemeldet, weil der Großherzog den Erbgroßherzog als Kommandeur des XIV. Korps in Karlsruhe haben wollte, wogegen keine militärischen Bedenken bestanden hätten, wie ein General dem k.u.k. Gesandten v. Pereira versicherte; der Kaiser aber habe den Wunsch abgewiesen und der Erbgroßherzog trotzig seinen Abschied genommen. Gleichwohl sei der badische Gesandte in Berlin nicht abgezogen worden (10.3.1903). Wilhelm II. kam im Mai 1905 zur Jagd ins Großherzogtum, um nach der Verstimmung gut Wetter zu machen, und stattete auf der Rückreise von Korfu im Mai 1912 einen Höflichkeitsbesuch ab.[9]

Anmerkungen

1 Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, K.(u.)k. Mission am badischen Hof, Karlsruhe/Stuttgart (Bestand PA VII 1869-1872; PA VI 1873-1918. Bericht, Akt der Gesandten mit Nummer, Nachweise zum Kapitel über die »österreichisch-ungarische Mission« finden sich in B 2 A-C, 3, 6, 8, 10, 12, 13 B, 15 A-C, 19 A-B, 22, 28, 30, 35, 37, 40, 42, 48; Literatur: Schreckenbach, Tabellen; Schuhladen-Krämer 58, 63f., 66, Gotha 1902, 505 (Österreich-Ungarn)

2 Die Liste der österreichisch-ungarischen Missionschefs am Badischen Hof in Karlsruhe (v. 5.10.1867-10.1.1872) und in Stuttgart (10.1.1872-11.11.1918) findet sich in Matsch, Lexikon, S. 139ff. und Gotha (Ergänzung)

3 Die Liste der großherzoglich badischen Staatsminister von Julius Jolly bis Heinrich Frh. v. Bodman findet sich bei Leiser S. 219ff.

4 Die Liste der k.u.k. Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußeren (seit 2.9.1869) sowie die Liste der k.u.k. Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren (seit 4.10.1895) finden sich in Matsch, Lexikon, S. 83, 85ff.

5 Nachweise zum Kapitel »Außenpolitik« in: Bericht, Akt der Gesandten mit Nummer: B 2 A-C, 3B, 4 A-B, 6, 9A-B, 10, 16 A-B, 20, 27, 29, 30, 34, 36, 40 B, 49 A-C, 62; Literatur: Rößle 613ff., W. Reeb, Russ. Geschichte (1903), S. 136f.

6 Nachweise zum Kapitel »Innenpolitik«, in: Bericht, Akt der Gesandten mit Nummer: B 2 A, 5 A-B/ D, 8 B-14B; 17-22, 26 B-29, 32, 33, 35, 37 B-B, 38-40 B, 42 B; 45, 49 B, 50, 52, 56, 62, 68, 77, 78, 82-84, 143 B, XXXI C; Literatur: Fuchs S. 2f., Eur. Geschichtskalender 1881, 20.8., S. 231; Glock S. 400; Bismarck S. 699f.

7 Becker S. 86.

8 Nachweis zum Kapitel »Kirchenpolitik«: Bericht, Akt der Gesandten mit Nummer: B 1 A-B, 4, 8 -10 B, 12 B, 13, 16 B-C, 23 D, 25 B, 27E, 32, 33, 36, 48, 102; Literatur: Hug S. 266; Becker S. 88.

9 Nachweise zum Kapitel »Der Großherzog und sein Hof«: Bericht, Akt der Gesandten mit Nummer: B 1, 2 B, 3, 5-7 B, 9, 11-19, 21, 23-30, 32, 34 A-B, 35, 42 A-B, 44, 53 A-B, 8891, 3503.

Literatur

Andreas, W., Der Aufbau des Staates in Baden, in: Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation I, Leipzig 1913.
Becker, J., Der badische Kulturkampf und die Problematik des Liberalismus, in: Badische Geschichte, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979.
Bismarck, O., Gedanken und Erinnerungen, 3 Bde in einem Band, Stuttgart/Berlin 1898, 1919.
Fehrle, E. (Hg.), Die Großherzöge Friedrich I., und Friedrich II., Karlsruhe 1930.
Fuchs, W.P. (Hg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871-1907, 4 Bde., Stuttgart 1968-1980.
Glock, A., Bürgerkunde Baden, Karlsruhe 1912.
Gotha, Hofkalender
Hug, W., Geschichte Badens, Stuttgart 1998.
Leiser, W., Das Großherzogtum Baden, in: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, hg. von K. Schwabe, Boppard a.Rh. [3]1988.
Matsch, E., Der auswärtige Dienst Österreich(-Ungarns) 1720-1920, Wien/Köln/Graz 1986.
Ders., Österreich-Lexikon, 2 Bde., Wien 1995.
Rößle, W., Bismarcks Politik nach seinen Staatsschriften und Reden, Jena 1943.
Schreckenbach, H.-J., Innerdeutsche Gesandtschaften 1867-1945, in: Archivar und Historiker, Festschrift für Heinrich Otto Meissner, Berlin 1956.
Schuhladen-Krämer, Akkreditiert in Paris, Wien, Berlin, Darmstadt [...] Badische Gesandte zwischen 1771-1945, Karlsruhe 2000.
Schwarzmaier, H., Baden. Dynastie – Land – Staat, Stuttgart 2005.
Trauner, K.J., Die süddeutschen Staaten zwischen Königgrätz und Versailles, in: AHS 2, 1979, Wien.
Ders., Baden in Europa, in: Badische Heimat 2/2005, Karlsruhe.

Harm-Hinrich Brandt

Badens Beitrag zur Bismarck'schen Reichsgründung

In den nationalpolitischen Kämpfen des Reichsgründungsjahrzehnts (1859-71) spielte Baden ganz unübersehbar eine bedeutende Rolle. Dies ergab sich aus seiner geografischen Lage und hing zudem wesentlich mit seiner Dynastie und der Haltung seiner politischen Klasse zusammen. Damit ist zugleich gesagt, dass diese Rolle mehrdeutig ist. In seiner Außenpolitik war Baden zumeist Parteigänger Preußens gegenüber der Präsidialmacht Österreich und den konservativen süddeutschen Staaten als den Verteidigern des alten Bundesrechts. In dieser Hinsicht war Baden so etwas wie die »Fünfte Kolonne« Preußens im Süden. Zugleich aber vertraten der regierende Großherzog, seine Minister und Berater und die überwiegende Mehrheit der badischen Parlamentarier ein liberal-konstitutionelles Programm für einen künftigen deutschen Nationalstaat, das erheblich über den Rahmen hinaus ging, den zu konzedieren Bismarck bereit war. Dies hätte der mächtige preußische Staatsmann vielleicht ignorieren können, wenn nicht die dynastischen Vertreter dieses Liberalismus (also v.a. Sachsen-Weimar, Baden und das über England Einfluss nehmende Haus Sachsen-Coburg) am Berliner Königshof massiv präsent gewesen wären und hier ihrerseits so etwas wie eine Fünfte Kolonne gegen Bismarck und seine alten konservativen Freunde darstellten. Damit ist der Grundakkord des Themas angeschlagen.

»Superbe Taille, aber ohne Bauch«

Eine breite historische Entfaltung der genannten Voraussetzungen wäre zu weitläufig und zeitraubend. Daher seien die maßgeblichen Stichworte in Erinnerung gerufen: Ein napoleonischer Kunststaat von merkwürdiger geografischer Gestalt aus historisch heterogenen Teilen und mit einer konfessionell gespaltenen Bevölkerung, der dann aber integriert wurde durch eine aufgeklärte Bürokratie und ihre Verwaltungsorganisation, durch Gewährung der damals fortschrittlichsten Verfassung eines deutschen Einzelstaates, durch modernisierende Reformgesetzgebung im Zusammenspiel von Verwaltung und Parlament. Das Abgeordnetenhaus war durchgängig von einem bürgerlichen Honoratiorenliberalismus beherrscht, was sich einigen Besonderheiten des Wahlrechts (v.a. dem indirekten Wahlverfahren) verdankte. Unterhalb

Paul-Ludwig Weinacht (Hg.)

Baden – 200 Jahre Großherzogtum

Vom Fürstenstaat zur Demokratie

ROMBACH VERLAG

Auf dem Umschlag:
Das obere Wappen zeigt das Staatswappen des Großherzogtums Baden (1806-1918), darunter das der Republik bzw. des Landes Baden (1918-1933, 1945-1952). Letzteres findet sich – samt der kleinen Beschädigungen am Flügel des rechten Greifen – auf der Fahne, die vor dem Colombischlössle, dem Amtssitz von Staatspräsident Leo Wohleb (1947-1952), aufgezogen wurde und die sich heute im Nachlass Wohlebs befindet (Staatsarchiv Freiburg, T 1 Leo Wohleb, Nr. 545).

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Lektorat: Dr. Edelgard Spaude
Umschlag: typo|grafik|design, Herbolzheim i.Br.
Satz: Martin Janz
Herstellung: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau
Printed in Germany
ISBN 978-3-7930-5035-3

Inhalt